

er und keinen Eien-
dachfahnen jener Män-
ner haben. Über
wieder Sonnenma-
ren als ein Volk
Schäfer des Vol-
kens in das Morgen

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Zeitung für Lichtenstein-Callnberg, Hobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien,
Heinrichsort, Marienau, den Mässengrund, Ruhlschnappel und Tirsheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags.
Bezugspreis: 4,75 Pf. monatlich frei ins Haus, durch die Post
bei Abholung 14,25 Pf. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Ge-
schäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und andere Zeitungs-
träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die lehnsgehaltene Grundzeile wird mit 75 Pf.
für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und
amtlichen Teile kostet die dreigeteilte Zeile 1,75, für auswärtige
2,00 Pf. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher
Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkontor Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg,
sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Kast & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blatts.

Nr. 94

Freitag, den 22. April 1921

71. Jahrgang

Büttel, gegen Vorlegung der Landeskarte, 1 Pfund
3,45 Pf. bei Koch, Wagner, Dietrich und Weiß.
Städtisches Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Für das Haushaltsjahr 1921 22 sollen durch das Landeswohnungsamt weitere Mittel aus der sogenannten produktiven Erwerbslosenfürsorge zu Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden bereitgestellt werden.

Diejenigen Hausbesitzer, die von dieser vorteilhaften Gelegenheit Gebrauch machen wollen, haben bis zum 15. Mai d. J. Kostenanschläge über die Art der geplanten Ausführungen getrennt nach Materialverbrauch und Arbeitszeit, beim hiesigen Stadtbauamt einzureichen, wo auch weitere Auskunft erteilt wird.

Lichtenstein-Callnberg, den 20. April 1921.

Der Stadtrat.

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Kapitalertragsteuererklärung.

Nach der Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 3. Januar 1921 über die Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung (abgedruckt im „Tageblatt“ für das Deutsche Reich 1921 Seite 41) ist auf Grund öffentlicher Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet:

Wer in der Zeit vom 31. März bis mit 31. Dezember 1920 fällig gewordene Kapitalerträge der nachbezeichneten Art:

1. Zinsen von Hypotheken und Grundschulden, Renten von Rentenpulden;
2. Zinsen von Forderungen, die auf Grund einer Vereinbarung entrichtet werden, insbesondere aus Dar-

lehen, Rationen, Hinterlegungsgeldern, Abrechnungsgeldern, Kontokorrent- und sonstigen Guthaben, Zinsen von Warenforderungen, gesetzliche Zinsen usw. (ausgenommen Sparassen- und Banszinsen);

3. vereidigte Rentenbezüge;

4. Diskontbeträge von inländischen Wochens- und Anweisungen, einschließlich der Schatzwchsel;

5. alle ausländischen Kapitalerträge, auch aus Wertpapieren,

bezogen hat.

Diese Verpflichtung besteht ohne Rücksicht auf die Höhe der bezogenen Erträge und auch dann, wenn die oben bezeichneten Erträge in einem land- oder forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb anfallen; lediglich über Diskontbeträge (Nr. 4) ist eine Erklärung nur abzugeben, soweit es sich um Kapitalanlagen handelt.

Die Steuererklärung eines Ehemannes muß das Einkommen seiner Ehefrau mit umfassen, sofern beide Ehegatten nach Paragraph 4 Abs. 4 des Kapitalertragsteuererlasses steuerpflichtig sind und nicht dauernd voneinander getrennt leben.

Für minderjährige Kinder hat der Träger der elterlichen Gewalt auch dann eine selbständige Steuererklärung abzugeben, wenn ihm die Nutzung am Vermögen der Kinder zusteht. Für Personen, die unter Pflegestaff oder Vormundschaft stehen, ist die Steuererklärung vom Pfleger oder Vormund abzugeben.

Die hierauf zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden, soweit sie nicht die Kapitalertragsteuererklärung gleichzeitig mit der Einkommensteuererklärung abzugeben haben, erucht, die Kapitalertragsteuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 1. bis mit 31. Mai 1921 beim Finanzamt einzureichen. Die Vordrucke für die Steuererklärung können vom Finanz-

amt bezogen werden. Für diejenigen Steuerpflichtigen, die ihren Wohnsitz nicht am Sitz des Finanzamts haben, liegen Vordrucke auch bei der Gemeindebehörde bereit. Die Einwendung der Vordrucke durch das Finanzamt kann nur erfolgen, wenn dem Antrag ein mit Anhänger versehener Entwurf beigelegt ist.

Die vorstehende Regelung bezieht sich nur auf natürliche Personen. Die Abgabe von Kapitalertragsteuererklärungen durch Körpererschaften bleibt späterer Anordnung vorbehalten.

Die Einwendung schriftlicher Steuererklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes.

Wer die Freiheit zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärungen verfügt, wird mit Geldstrafe bis 500 Mark zu der Abgabe der Steuererklärungen angehalten; auch kann ihm ein Juwel 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen vorsätzlich bewirkt, daß die nach dem Kapitalertragsteuererlaß zu entrichtende Kapitalertragsteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im ein- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gesangsfeier erlassen werden (§ 12 des Kapitalertragsteuererlasses und §§ 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Kapitalertragsteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerabschaffung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrag halb so hoch ist, wie die für die Steuerhinterziehung angedrohte Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabenordnung).

Hohenstein-Ernstthal, den 21. April 1921.

Das Finanzamt.

Kurze wichtige Nachrichten

* Wie aus dem Rheinlande gemeldet wird, funktioniert der französische Zollapparat schlecht, die deutschen Beamten verzerrern ihre Mitarbeit. Die Anhauptung der Güterzüge auf den Hauptbahnhof hat einen bedeutenden Umfang angenommen; die Düsseldorfer Eisenbahnmühle verweigert die Annahme weiterer Zollgüter.

* Wie die „Vossische Zeitung“ aus Breslau meldet, hat die interalliierte Biedenzitomission gestern ihre Arbeiten über das Abstimmungsergebnis abgeschlossen. Sie wird in den nächsten Tagen dem Reichstag vor seine Meinung über das Ergebnis und ihre Vorschläge über seine Auswertung vorlegen.

* Die Beteiligung der den Anschlußbaden in Tirol groß, man sieht in dieser Lösung in Innsbruck den einzigen Ausweg aus dem Wirrwarr. Die Abstimmung am Sonntag wird eine große Mehrheit für Deutschland erbringen, — aber die Entscheidung dafür fordert, daß das praktische Ergebnis in Übersichtlichkeit zunächst wird.

* Die Mitglieder des Publicity-Clubs in London haben Dienstag abend mit geringer Mehrheit befürwortet, daß deutsche Interessen in englischen Zeitungen nicht wiedergegeben werden.

* Nach unseren Informationen lehnt die deutsche Regierung in ihrer Antwortnote die Ueberführung des deutschen Goldbestandes in das belebte Gebiet ab.

* Hölz hält sich bei seinen Verhandlungen im Schweigen, er will nur das Blauener Gericht als zuständige anerkennen und dort auszumachen. Seine Identität mit dem im Stegesdölen-Attentat mit genannten Herren ist noch nicht festgestellt.

* Auf dem Bahnhof in Wismar steht der Magdeburg eine aus Magdeburg kommende Lokomotive auf einen in Wismar haldenden Personenwagen. Der Führer der Lokomotive hatte den Zusammenstoß nicht mehr verhindern können, den Kampf abschließt und war abgesprungen. 20 Reisende wurden verletzt, 2 darunter schwer.

* Nach wochenlangen Verhandlungen ist am Donnerstag das Kabinett in Wiesbaden gebildet worden. Es ist ein Koalitions-Kabinett von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten.

* Unter dem Drude der politischen Verhältnisse sollen in Berlin bis auf weiteres offizielle gesellschaftliche Veranstaltungen nicht mehr abgehalten werden; so ist der große Preisempfangsabend, der am Sonnabend im Zoo stattfinden und wohlauf der Reichspräsident erscheinen sollte, abgesagt worden, ebenso das große Wohltätigkeitsfest der Schutzpolizei.

Denkschreiber Reichstag.

Berlin, 21. April.

Die gestern unterbrochene Beratung des Antrages überhold auf Aufhebung der

Ausnahmeverordnungen und Sondergerichte

in Verbindung mit dem sozialdemokratischen Antrage wegen Abänderung der außerordentlichen Gerichte wird fortgesetzt.

Abg. Wermuth (Dnl. Bp.) spricht gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Rothenfeld, schildert die Erfahrungen und entgeglichenen Ausschreitungen in Mitteldeutschland und verliest eine Statistik der in Mitteldeutschland zerstörten Betriebe.

Mehr als 20 000 Arbeiter seien aus Arbeitslosen geworden und Hunderte von Millionen allein im Raumwerke an Verlusten entstanden. Für alle diese Verbrechen, für die Hölz das böse Wort Expropriationen geprägt habe, gebe es keine Entschuldigung. Der Regierung könne er den Vorwurf nicht erwidern, nicht räsch genug eingegriffen zu haben. Das Dynamitgeschick bedurfte einer Umarbeitung, damit eine schärfere Kontrolle ermöglicht werde.

Der Kommunismus greife noch immer um sich. Angeichts der Schwäche der Gewerkschaften gegenüber dem Kommunismus könne dem Verbrechertum gar nicht anders begegnet werden als durch Ausnahmegesetze, durch radikale Maßnahmen gegen den Radikalismus. Er stehe somit ganz auf dem Boden der Verordnungen und warne vor jeder Abänderung, wie sie der sozialdemokratische Antrag anstrebe.

Abg. Dr. Fischer (Soz.) stimmt dem Antrag Adelholz auf Aufhebung der außerordentlichen Gerichte für die Städte Hamburg, Düsseldorf, Aachen und Münster zu, nicht aber für die Provinz Sachsen. Maßgebend hierfür seien die Ausführungen der Roten Fahne, die erst heute wieder einen neuen Heftatikel gemäß den Bestimmungen des Zentralausschusses bringt. Es sei einfach nicht wahr, daß alle die Schredensnachrichten, die gestern die kommunistische Presse als Lügenberichte bezeichnete, erlogen seien. Sie seien wahr.

Auch die sozialdemokratischen Blätter hätten das bestätigt. (Proteste links. Lebhafte Jurte und w. w.) Selbst sozialdemokratische Schultheile seien bestialisch niedergemacht und noch im Tode gehängt worden. Mit Eitel und Entzückt wenden sich die Arbeiter von ihnen ab. Bedauerlich bleibt nur, daß die Hölz, die in der Heimlichkeit ihr Werk treiben, nicht zu fassen seien. Die Sondergerichte müßten mit Rauten umgeben werden, damit Klassejustiz zur Unmöglichkeit werde, das wollte der Antrag seiner Partei. Die Justizigkeit der Sondergerichte müßte durch ein Gesetz festgelegt werden.

Justizminister Dr. Heimann erklärt sich bereit, wenn der Antrag der Mehrheitssozialisten an den Ausschuß gelangen sollte, hier jede gewünschte Auskunft zu erteilen. Daß im Ruhrgebiet schwere Strafen verhängt wurden, sei klar. Das Schlimmste aber sei gewesen, daß die Gerichte so überlastet waren, daß man nicht vom Fleid kam und die Untersuchungshaft monatelang dauern mußte. Dem sollen die außerordentlichen Gerichte abhelfen. Was nun die immer wieder vorgebrachte Unzulänglichkeit wegen des abseitlichen Richters der Rappisten angehe, so werde immer wieder vertreten, daß die Rappisten amnestiert seien bis auf die Führer der Berliner Zentrale. Diese aber habe man bislang nicht fassen können. So sei es z. B. auch mit dem Kapitäneleutnant Ehrhardt der Fall, den er trotz einer Anzeige über einen Aufenthaltsort nicht habe ermitteln können.

Abg. Dr. Cremer (D. Bp.): Der Abgeordnete Rothenfeld habe gestern getrost von Amnestie für die Kommunisten, aber nicht ein Wort des Bedauerns für die Opfer der Verbrecher gehabt. Es sei bedauerlich, daß sich die preußische Regierung erst nach erfolgtem Blutdürchein zu energischem Handeln aufgerafft habe. Ein Unterschied zwischen dem Kapitalertragsteuererlaß und der Steuerabgabe besteht darin, daß die Steuerabgabe nicht nur die Idealistischen, sondern vor allem das Verbrechergelände, das sich überall tumme, wo man im Trieben fühlen kann. Solange sich das nicht ändere, sei an eine Aufhebung der Ausnahmeverordnungen nicht zu denken. Von Klassejustiz könne kein Reden sein. Aus den Alten sei zu erkennen, welche Gründe jeweils maßgebend gewesen seien. Die Amnestie hätten leider die Hoffnung erweckt, daß politische Vergehen ja doch über kurz oder lang wieder amnestiert werden würden. Das sei für unser Rechtsempfinden ein schwerer Schlag gewesen. Seine Partei stelle auf dem Boden der Ausnahmeverordnungen, werde aber an der Ausnahmeverordnung teilnehmen. Die Unabhängigen möchten sich erklären, wie sie zu den Kommunisten stehen. (Protest und Zwischenrufe bei den Unabhängigen. Abgeordneter Ledebour ruft: Sie Kriegsverbrecher! Vizepräsident Bell bittet, sich in Zwiesgesprächen zu mäßigen!) Abg. v. Guérard (D.): Um Ausnahmegerichte handle es sich gar nicht, sondern um reguläre Gerichte, die dazu da seien, die vorliegende Justiz mit großer Beschleunigung wiederherzustellen. Die Ausnahmeverordnung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, der Justiz in den Arm zu fallen.

Abg. Dölling (Dem.): Um Ausnahmegerichte handele es sich gar nicht, sondern um reguläre Gerichte, die dazu da seien, die vorliegende Justiz mit großer Beschleunigung wiederherzustellen. Die Ausnahmeverordnung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, der Justiz in den Arm zu fallen.

dentlichen Gerichte abhelfen. Was nun die immer wieder vorgebrachte Unzulänglichkeit wegen des abseitlichen Richters der Rappisten angehe, so werde immer wieder vertreten, daß die Rappisten amnestiert seien bis auf die Führer der Berliner Zentrale. Diese aber habe man bislang nicht fassen können. So sei es z. B. auch mit dem Kapitäneleutnant Ehrhardt der Fall, den er trotz einer Anzeige über einen Aufenthaltsort nicht habe ermitteln können.

Abg. Dr. Cremer (D. Bp.): Der Abgeordnete Rothenfeld habe gestern getrost von Amnestie für die Kommunisten, aber nicht ein Wort des Bedauerns für die Opfer der Verbrecher gehabt. Es sei bedauerlich, daß sich die preußische Regierung erst nach erfolgtem Blutdürchein zu energischem Handeln aufgerafft habe. Ein Unterschied zwischen dem Kapitalertragsteuererlaß und der Steuerabgabe besteht darin, daß die Steuerabgabe nicht nur die Idealistischen, sondern vor allem das Verbrechergelände, das sich überall tumme, wo man im Trieben fühlen kann. Solange sich das nicht ändere, sei an eine Aufhebung der Ausnahmeverordnungen nicht zu denken. Von Klassejustiz könne kein Reden sein. Aus den Alten sei zu erkennen, welche Gründe jeweils maßgebend gewesen seien. Die Amnestie hätten leider die Hoffnung erweckt, daß politische Vergehen ja doch über kurz oder lang wieder amnestiert werden würden. Das sei für unser Rechtsempfinden ein schwerer Schlag gewesen. Seine Partei stelle auf dem Boden der Ausnahmeverordnungen, werde aber an der Ausnahmeverordnung teilnehmen. Die Unabhängigen möchten sich erklären, wie sie zu den Kommunisten stehen. (Protest und Zwischenrufe bei den Unabhängigen. Abgeordneter Ledebour ruft: Sie Kriegsverbrecher! Vizepräsident Bell bittet, sich in Zwiesgesprächen zu mäßigen!) Abg. v. Guérard (D.): Um Ausnahmegerichte handele es sich gar nicht, sondern um reguläre Gerichte, die dazu da seien, die vorliegende Justiz mit großer Beschleunigung wiederherzustellen. Die Ausnahmeverordnung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, der Justiz in den Arm zu fallen.

Abg. Dölling (Dem.): Um Ausnahmegerichte handele es sich gar nicht, sondern um reguläre Gerichte, die dazu da seien, die vorliegende Justiz mit großer Beschleunigung wiederherzustellen. Die Ausnahmeverordnung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, der Justiz in den Arm zu fallen.

Abg. Dr. Wermuth (Dnl. Bp.): Um Ausnahmegerichte handele es sich gar nicht, sondern um reguläre Gerichte, die dazu da seien, die vorliegende Justiz mit großer Beschleunigung wiederherzustellen. Die Ausnahmeverordnung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, der Justiz in den Arm zu fallen.

Abg. Dr. Cremer (D. Bp.): Um Ausnahmegerichte handele es sich gar nicht, sondern um reguläre Gerichte, die dazu da seien, die vorliegende Justiz mit großer Beschleunigung wiederherzustellen. Die Ausnahmeverordnung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, der Justiz in den Arm zu fallen.

Abg. Dölling (Dem.): Um Ausnahmegerichte handele es sich gar nicht, sondern um reguläre Gerichte, die dazu da seien, die vorliegende Justiz mit großer Beschleunigung wiederherzustellen. Die Ausnahmeverordnung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, der Justiz in den Arm zu fallen.

Abg. Dr. Wermuth (Dnl. Bp.): Um Ausnahmegerichte handele es sich gar nicht, sondern um reguläre Gerichte, die dazu da seien, die vorliegende Justiz mit großer Beschleunigung wiederherzustellen. Die Ausnahmeverordnung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, der Justiz in den Arm zu fallen.

Abg. Dr. Cremer (D. Bp.): Um Ausnahmegerichte handele es sich gar nicht, sondern um reguläre Gerichte, die dazu da seien, die vorliegende Justiz mit großer Beschleunigung wiederherzustellen. Die Ausnahmeverordnung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, der Justiz in den Arm zu fallen.

Abg. Dölling (Dem.): Um Ausnahmegerichte handele es sich gar nicht, sondern um reguläre Gerichte, die dazu da seien, die vorliegende Justiz mit großer Beschleunigung wiederherzustellen. Die Ausnahmeverordnung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, der Justiz in den Arm zu fallen.

Abg. Dr. Wermuth (Dnl. Bp.): Um Ausnahmegerichte handele es sich gar nicht, sondern um reguläre Gerichte, die dazu da seien, die vorliegende Justiz mit großer Beschleunigung wiederherzustellen. Die Ausnahmeverordnung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, der Justiz in den Arm zu fallen.

Abg. Dr. Cremer (D. Bp.): Um Ausnahmegerichte handele es sich gar nicht, sondern um reguläre Gerichte, die dazu da seien, die vorliegende Justiz mit großer Beschleunigung wiederher

Kommunisten gefallen sei. Die Bewaffnung der Sippe reiche nicht aus. Dem müsse die preußische Regierung abhelfen. Die Waffen dürften den Kommunisten nicht wieder in die Hände gespielt werden. Die Ausnahmeverordnungen für Mitteldeutschland dürften nicht aufgehoben werden. Von der Vernunft der Kommunistenführer sei nichts zu erhoffen, vielleicht befähnen sich die Massen selber darauf, daß sie verkehrt sind.

Die Beratung wird abgebrochen und der Gesetzentwurf über die Prüfung und Beglaubigung von Fieberthermometern in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Schluß gegen 17 Uhr. Nächste Sitzung Freitag nachmittag 2 Uhr: Anfragen und Weiterberatung.

Sächsischer Landtag.

3. April.

Die Landversammlung am Donnerstag zeigte wieder, daß das starke Mittel für die gegenwärtigen Regierungsparteien, sich an der Herrschaft zu erhalten, die Stadt aus dem Landtage ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abgeordneter Dr. Seiffert (Demokrat) namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der gegen die Regierung die Nichtbilligung darüber ausgesprochen wird, daß sie in der Rassenkämer Anzelegenheit den Befehlshabern des Landtages nicht nachzuhören ist. Dann wurden eine Reihe von Nachtragsetats erledigt. Zuletzt handelte es sich um das Kapitel Finanzministerium. Hier gab Abgeordneter Dr. Seiffert namens der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten folgende Erklärung ab:

"Nach den Erklärungen, die die Regierung am 7. April gegenüber der kommunistischen Partei gemacht hat, erscheint uns mit den Interessen des Landes die Tabelle unvereinbar, daß die Regierung in ihrem Verstand noch wie vor lediglich von der Unterstützung der kommunistischen Partei abhängt. Aus diesem Umstand, wie aus den Aeußerungen einzelner Minister und aus Äußerungen der Regierungsparteien geht hervor, daß sich die jetzige Regierung als reine Klassenparteierierung in schroffen Gegensatz zu dem in den nicht sozialistischen Parteien vertretenen Teile des Volkes stellt. Wir werden unverzüglich diesen Gegensatz dadurch bestreben, daß wir die Gehälter der Minister ablehnen."

Nach Berleben der Erklärung verließen die Mitglieder der sozialistischen Regierungspartei auf den Balkn ihrer Fraktionsführern den Sitzungssaal, und Abgeordneter Möller (Soz.) erklärte, er sei leider beauftragt, die Beschlusshälfte des Hauses anzuswoheln, weil die Erklärung wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen sei. Der Präsident muß darauf die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen, und die Abstimmung über das beanstandete Kapitel auf einer der nächsten Tagesordnungen vertheilen.

Schluß der Sitzung 14 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 26. April.

Ein weiterer Ruf nach Platz in der jüdischen Regierung. Mitglieder des zuständigen Wirtschaftsministers Schwartz wünschen in den nächsten Tagen der mehrheitssozialdemokratischen Abgeordneten förmlich zum jüdischen Wirtschaftsminister ernannt werden. Diese Wahl beweist, daß die rabbinale Chemnitzer Richtung, in der mehrheitssozialdemokratischen Partei immer mehr Übergewicht gewinnt und daß nun auch in der Regierung selbst eine weitere Verschiebung des Schwergewichts nach links herbeigeführt wird.

Der Justizminister Dr. Hartmann wird nun doch endgültig zurücktreten. Gegen alle Verhüte des Ministerpräsidenten und der sozialdemokratischen Parteileitung, Dr. Hartmann doch zum Bleiben zu bewegen, hat dieser nun mehr an die Regierung folgende Erklärung ergeben lassen:

"Um allen weiteren Erörterungen und Kombinationen über meine Person und Entwicklung die Spur abzuschneiden, teile ich Ihnen mit, daß mein Entschluß, aus der Regierung auszutreten, ein endgültiger ist und daß ich lediglich pflicht- und verfassungsgemäß ein Amt solange weiterverwalten werde, bis sich ein Nachfolger gefunden haben wird."

Deutsches Reich.

Stegewald abermals zum Ministerpräsidenten gewählt.

Berlin. Im Landtag teilte Präsident Leinert als Ergebnis der wiederholten Ministerpräsidentenwahl mit: Es sind 371 Stimmen abgegeben worden; davon sind 22 Stetzel unbedenklich, von den 349 gültigen Stimmen haben erhalten Stegweald (Jtr.) 227, Abg. Braun (Soz.) 100, Abg. Ludwig (Unabh.) 21, Abg. Busch (Jtr.) 1. Stegweald ist also zum Ministerpräsidenten wiedergewählt.

Englische Zeugen für die Leipziger Reiseproß.

Die Presse Association berichtet: Am kommenden Dienstag beginnt im Polizeigericht in der Bow Street das amtliche Verhör der Zeugen, die sich zu den gegen Ende Mai beginnenden Verhandlungen gegen die deutschen Kriegsverbrecher nach Leipzig begeben werden. Das Verhör ist öffentlich. Etwa fünfzig Zeugen werden nach Leipzig fahren.

Der Reichsbankpräsident gegen die Auslieferung des Goldstaates.

In einer Unterredung wandte sich der Reichsbankpräsident Dr. Havenstein gegen die Forderung der Entente auf

Lebenssymphonie.

Originalroman von Anna v. Panhans.

Rückdruck verboten.

Das gleichmäßige Rätseln war längst von Christels Gewicht hinweggeweht, und in anständiger Schen hingen ihre Augen an der Geige.

Als Toni Rigarn langsam die Geige absteckte, verspürte Christel Stahl seinen Reid und seine Esterlucht mehr auf die schöne Siegnerin. Nur eine grenzenlose Tröstlichkeit umhüllte sie wie ein Trauerwand, das sie trug, weil sie den liebsten Mann verloren — nun zum zweiten Male verloren.

Wie ein nichtsiges wertloses Alltagsgeklöpf kam sie sich vor dieser bezauberten naturwunderschönen Ränklerin gegenüber.

Christel von Stahl lächelte sich, daß gemeine Neugier sie heute hierhergeführt. Und sie erhob sich halbtot und sagte zu Arnold Wolbring gewandt:

"Ich danke Ihnen, daß Sie mir diesen Genuss verschafften, niemals hätte ich ein ähnliches Spiel." Sie bot ihm Abschied nehmend die Hand, ebenso der alten Schauspielerin, dann stieß sie Toni Rigarn die Rechte entgegen.

Toni bewegte leicht den Kopf.

"Unsere Hände gehören nicht zusammen."

Wie wie ein Flüstern sprachen es die roten Lippen. Dann lachte sie plötzlich. „Ich rede Torheiten, nicht wahr? Ach, ich bin immer witzig, wenn ich gewollt habe."

Sie trat an das Fenster und blieb gleichmäßig durch die ausgezogenen Spinnvorhänge.

Hochanna Siegelis geleitete Christel von Stahl hinaus. Draußen lagte sie wie entzündigend:

„Sie ist zweifellos die junge Kunstreiterin, aber sie stammt von Jüngern.“

Christel von Stahl lächelte, ein bisschen müde für ihre jungen Jahre.

Menschen mit dem Rönnen einer Toni Rigarn dürfen jetzt kein sein."

Amerika lehnt die Vermittlungsbitten ab.

Berlin, 21. April. Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:

Im Namen der deutschen Reichsregierung des deutschen Volkes bekennt sich die Unterzeichnene trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei erklären sie feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalt bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung recht und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, seinen Schiedsspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten sowohl dem Reichstag wie dem Senat nach zu erfüllen. Dies durchdringen von der inneren Berechtigung dieser Bitte, und in unbeweisbarer Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es liegt die zuversichtliche Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung tief gefühlter Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabsehbaren Folgen drohender Zwangsmaßnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.

(gez.) Fehrenbach. Dr. Simons.

Glas: Abfahrt durch Harding.

Zürich, 21. April. Der Partier „Herald“ meldet aus Newyork: Präsident Harding ließ der deutschen Regierung mitteilen, daß er einen weiteren Notentwurf mit Deutschland für aussichtslos halte und deshalb erwünsche, von der Fortsetzung der Vermittlungsgesuche abzusehen.

Genf, 21. April. Hayes meldet aus Newyork: Im Senatsausschuß teilte Hughes die ablehnende Antwort auf das deutsche Vermittlungsversuchen mit. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs ist die Ablehnung Amerikas auf die deutschen Vorschläge eine endgültige.

Was nun?

Berlin, 22. April. Auf der Note an den Präsidenten Harding hat die deutsche Regierung der Reparationskommission einen Teil ihres Gesamtplanes zur Wiedergutmachung und einen ausgearbeiteten Plan für den Wiederausbau überreicht.

Auslieferung des Goldbestandes. Der Präsident erklärte u. a. Bisher habe ich noch keine offizielle Mitteilung über die neue Ententeforderung erhalten. Auch das Kabinett hat sich bis jetzt noch nicht an mich gewandt. Ich persönlich jedoch halte die Forderung nach Auslieferung unseres Goldbestandes für eine völlige Unmöglichkeit und ihre Erfüllung für völlig ausgeschlossen. Sie würde die Vernichtung unserer Valuta und unserer Wirtschaft zur Folge haben. Erneuter Druck der Valuta und gleichzeitiges Hinaufschneien der Preise zu unerschwinglicher Höhe würden eintreten. Die Stimmung im Kabinett ist mir zwar noch nicht bekannt, doch darf man wohl als ziemlich sicher annehmen, daß die Reichsregierung diese Forderung unbedingt ablehnen wird. Längere Kabinettssitzungen dürften sich angesichts der Unstimmigkeiten des Verlangens der Entente erübrigten. Sollte mich das Kabinett noch um meine Ansicht fragen, so würde ich mich selbstverständlich auch dort in diesen schweren ablehnenden Stimme aussprechen. Es wird sich wohl hoffentlich und kann auch keine andere Regierung finden, die solchen Forderungen zuzustimmen in der Lage wäre. Die hier erörterte Forderung ist meiner Meinung nach nur eine der zahlreichen anderen, die man in den nächsten Wochen noch an uns richten dürfte. Sie ist gewissermaßen das Alpha im Alphabet und ein Beweis dafür, wie die Entente ihre Gewaltpolitik fortzusetzen verucht. Wenn jemand fragen sollte, ob wir lieber

Berlin, 22. April. Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, waren zu Donnerstag abend 10 Uhr die Parteiführer des Reichstages und des auswärtigen Amtes zu einer Begegnung mit dem Reichsausßenminister Dr. Simons über die außenpolitische Lage gebeten. In der Aussprache wurde von mehrheitssozialistischer und deutschnationaler Seite an dem Schritt der Regierung Kritis geübt. Abgeordneter Dr. Helfferich lehnte es ab, in einer Diskussion eines Schrittes einzugehen der seiner Ansicht nach der schädlichste von allen wäre, der getan werden könnte. Im Verlaufe der Begegnung stellte sich heraus, daß der Batsch die ihm angekündigte Vermittlung bei Harding mit der Begründung abgelehnt hat, daß durch die Indiscretion deutscher Presseorgane von vornherein die Möglichkeit eines Schiedsspruches ausgeschlossen sei. Die Vertreter des Zentrums gingen auf die technischen Bedingungen des neuen Regierungs-Schrittes ein. Es wurde schließlich vereinbart, daß der Reichstag am heutigen Freitag zunächst eine Erklärung des Reichsausßenministers entgegennimmt soll, deren Begegnung jedoch nicht im Plenum, sondern im auswärtigen Ausschuß stattfinden soll. Nach dem Verlaufe der Begegnung gewinnt man den Eindruck, daß auch die Führer der Koalitionsparteien von dem Schritt des Reichskabinetts vorher nicht unterrichtet worden sind.

Zur bevorstehenden Begegnung zwischen Lloyd George und Biard.

Haag, 22. April. Handelsblatt meldet aus Paris: Es wird vermutet, daß in Lyon über Oberhöhlen gesprochen wird. Falls das Industriegebiet Polen zugewiesen wird, dürfte die Folge sein, daß die Alliierten von Polen verlangen, daß es den Teil der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen übernehme, der auf Oberhöhlen entfallen wäre. Man meint in Paris, daß es billig sei, daß Deutschland, wenn es 50 Millionen Tonnen seiner jährlichen Kohlenförderung verliert, entsprechend geringere Leistungen an die Alliierten auferlegt werden. - Wirtschaft gnädig!

Paris, 22. April. Journal de Geneve meldet, daß einer der wichtigsten Zwecke der Konferenz in Compiegne sei, die militärische Hilfe Englands zu erreichen. Anlässlich des Widerstandes weiter Kreise in Frankreich gegen die Einberufung des Jahrganges 1919 beschäftigt Hoch, wie Petit Parisien meldet, einen großen Teil der jüdischen Kleinasiatischen Armee, alles vorwiegend Jüdige, für die Bevölkerung des Ruhrgebietes zu verwenden. Nach Meldungen französischer Korrespondenten in London, gibt es eine Stimmung im englischen Kabinett, die einer mittleren Lösung zu neigt und unter allen Umständen erfahren will, was Deutschland bietet.

die Folgen einer Ablehnung dieses Ententeerlangens auf uns nehmen wollen, so kann man darauf nur erwidern, daß Unmögliches auszuführen eben unmöglich ist.

Eine ungünstige Zwangsvorordnung.

München. Der bairische Verwaltungsgerichtshof hat die von dem vormaligen preußischen Ministerpräsidenten und Kultusminister Hoffmann erlassene Zwangsvorordnung des Simultanabkla für rechtsungültig erklärt, da nach dem bairischen Staatsgrundgesetz von 1919 die höchste vollziehende Gewalt dem Gesamtminister zusteht und nur dieser das Recht habe, Verordnungen zu erlassen. Die Simultanabkla-Verordnung sei jedoch von einem einzigen Minister erlassen und entbehre daher der Rechtsungültigkeit.

Ausland.

Karlisten-Komplott gegen den Unabhängigen.

Wien. Das „Deutsche Volksblatt“ nagelt fest, daß sichende Persönlichkeiten der Karlistenpartei beim französischen Geheimdienst vorgesprochen hätten, um zu erreichen, daß im Falle einer allgemeinen Unabhängigkeitssumme die Beziehung Deutschösterreichs durch fremde Truppen erfolge. Nach dem Antrage dieser Karlisten, die das Christlich-soziale Volksblatt als vaterlandslose Gejagte bezeichnen, soll Wien durch tschechische, Kärntner durch südlawische und Tirol durch italienische Truppen befreit werden. Das Volksblatt stellt seit, daß diese

allieden beginnen, und das möchte ich, denn das muß bestehen.

Im Hotel war allmählich das wunderbare Spiel aufzufallen, wie die fremdtätige Schönheit Toni längst aufgefallen war, und jeden Worten, wenn die beiden Damen zum Frühstück auf die Terrasse kamen, folgten der jüngere neidisch oder bewundernd Blicke. Die beiden waren bereits darin gewöhnt. Reuzier hörte sie nicht mehr besonders.

Toni stellte Raffee und trinkt sich zierlich ein Brötchen. Ihre Manieren hatten sich verzerrt und abgeklärt, niemand hätte auf die Vermutung kommen können, daß die junge, vornehme gefleidete Dame mit dem statt ausgesparten südländischen Knoblauch noch vor allzu langer Zeit in armstädtem Gemüde mit einem Bären herumgesessen war.

Ein Herr stand an einem der Tische auf und näherte sich den Damen. Reuzier stellte den Hut siegend, stellte er sich vor. Baron Uttenböck.

Frau Siegelis hat den älteren Herrn mit leichter Verneigung an. Ihre Augen waren fragend.

Der Herr stand mit dem Hut in der Hand.

„Ich bin von verschiedenen Kurzfristen mit einer Mission bestellt. Wenn die Damen gestatten, daß ich ein paar Minuten Platz nehme, werde ich meine Bitte, denn um eine solche handelt es sich, vorbringen.“

Johanna Siegelis wies auf den leeren Stuhl neben sich und deutete dadurch an, sie sei gewillt, zu hören.

Baron Uttenböck setzte sich.

„Also, meine Damen, ich komme gewissermaßen als Abgeordneter zu Ihnen. Um mich kurz zu fassen, wir beabsichtigen zum Belieben einer kleinen armen Familie eine Mobilitätsfeierlichkeit zu geben und möchten das gnädige Fräulein, eine Berbegung gegen Toni gab Ihnen Worten etwas unendlich Rezeptivität, bitten, uns in unserem Bestreben durch ihre bewunderungswürdige Kunst zu unterstützen.“

(Fortsetzung folgt.)

Wiederholen Sie sich mit dem Gespräch auf einer Donaublatt ihr m-

troden

Boots. Die beiden in ganz Rothen Armee erfo-

schäfte ausgeputzt

durch die G

ben lebten Jahr

wird. Es w

umpfen zu ver-

zu entfernen. D

wahm 14 Monat

Peking. Die ob

oberste Richter vo

Delegierten, die

treten sollen, auf

bei und erläut

bund anerkennen,

mischen Herrschaf

der englisch-japan

zu einem Kriegs

der Vereinigten

-Röperfeld

dab nach dem Re

schließt unter

Stoß nach Heil

aus der Röperfeld

h. des in dem

haben. Bei

einen Zuklapp

Wirtschaftsabläufe bei

Lie

Halt!

Wohin morgen Sonnabend, den 23. April?

Der Theater-Verein Lichtenstein-Callenberg gibt dort das am Karfreitag und 1. Osterfeiertag mit stürmischem Beifall aufgenommene, prächtig ausgestattete Schauspiel

In den Krystall-Palast Lichtenstein-C.

DER GOLDBAUER.

unter gütiger Mitwirkung der Stadtkapelle.

Kassenöffnung 17 Uhr.

Preise der Plätze: Im Vorverkauf in dem Zigarren Geschäft E. Köhler, Lichtenstein und bei Friseur J. Schönig, Callenberg, Sperrsitz aller Gewerkschaften zu ermäßigten Preisen bei den Unterkassierern und in den Konsum-Geschäften.

Dieses großartige Schauspiel mit seiner prächtigen Ausstattung wird selbst den verwöhntesten Theaterbesucher in Staunen versetzen.

Darum versäume niemand, sich davon zu überzeugen.

Anfang 18 Uhr.

Ende 11 Uhr.

Zu diesem außergewöhnlichen Theater-Abend lädt ganz ergeben ein
Der Theater-Verein Lichtenstein-Callenberg.

Schauspiel in 4 Akten von
Charlotte Birch-Pfeiffer
zum 3. Male

Mit toller Belohnung!

Gasthof z. Krone, Heinrichsort

Zu unserem morgen Sonnabend, den 23. April
Nettostunden

Einzugs-Schmaus

verbunden mit **BALL**, laden wir alle Geschäftsfreunde und Hörner von Nah und Fern herzlich ein.

Anfang 18 Uhr.

Hochachtungsvoll Paul Hoyer und Frau.

Kreisfest evang. Jungmännervereine

Sonntag, den 24. April in Lichtenstein-Callenberg.

Vorm. 11 Uhr im Schützenhaus Lichtenstein Fußballduell zwischen Jungmännerverein Lichtenstein, 1. Mannschaft, und Jungmännerverein Callenberg.

Nachm. 2 Uhr Festgottesdienst in der Laurentiuskirche. Festpredigt Herr Pfarrer Werner Heinrichsort.

Nachm. 1/4 Uhr Festversammlung im Schützenhaus Callenberg mit leichter Wiederholung des Festspiels: "König Sein, Freude, Siege".

Überall Eintritt frei! Bedermann herzlich willkommen.

Der Kreisvorstand.

2 tägliche

eigenfinnige Rettlerinnen

auf 26er Rettelmaschine sucht

G. A. Bahner.

Kurse, mitgeteilt vom Bankhaus

Bayer & Heine,

Amtlung Lichtenstein-Callenberg

20. 4. 21. 4.

Deutsche 5% Kriegsanleihe	77 50	%	77,50
" 4% Schatzanleihe	95 30	%	94,75
" 3% Reichsanleihe	67,90	%	67,50
" 2% " "	68,50	%	68,25
" 1% " "	68 40	%	68,25
Östl. 5% Rente	57,75	%	57,50
Chemnitzer 4% Staatanleihe	75,20	%	75,-
Dresdner 4%	75,30	%	75,625
Leipziger 4%	88,25	%	87,75
Deutsche Hypoth.-Bank 4%, Pfandbr.	100,10	%	100,80
Pandemitisch. 3 1/2% Pfandbr.	-	%	95,-
" 10%	106,-	%	107,50
Echl. Bob. Créd. Anst. 4% Pfandbr.	98,50	%	98,-
Hermann Walch-Gef. Akt.	41,-	%	33,-
Wahl. Bob. Kappel	600,-	%	650,-
Hermann Böge Akt.	241,50	%	242,-
Gedächtnisk. Akt.	295,25	%	290,-
Schubert & Salter Akt.	438,-	%	429,-
Wanderer Werke Akt.	441,-	%	440,-
Hammermann Werkzeugmasch. Akt.	248,-	%	235,-
Deutsche Bank	293,-	%	292,-
Dresdner Bank	212,-	%	211,-
Würtz Akt.	634,-	%	632,-
Hamburger Paketf. Akt.	181,-	%	178,-
Würtz. Elekt.-Gefüllsd.	279,75	%	283,50
Deutscher Kug.	830,-	%	850,-
Albenreiter Spinner er. Dio.	445,-	%	440,-

Deutsche Kurse

Geld,

Brief.

West	88,40	%	88,60	%
Sachsen	232,80	%	238,80	%
Leipzig	258,45	%	259,05	%
Stadt	317,15	%	317,95	%
Altona	1151,30	%	1153,70	%
West	65,73	%	66,17	%
World	487,-	%	488,-	%
Spanien	1048,95	%	1051,05	%
Frankreich	1548,-	%	1561,80	%
Italien	486,50	%	490,50	%
England. Italien	88,00	%	88,85	%
Wien	88,15	%	88,35	%
	17,10,-	%	17,14%	%



Freiwillige Sanitätskolonne.

Rückten Sonntag pünktlich vormittags 10 Uhr stellen sämtliche Mitglieder hinterm Rathaus. Uniformierte in Uniform.

Achtung!

Lade nächsten Montag den leichten Wagen prima

Weltmann-Saukartoßeln

sowie 2 Ladungen gute Speckkartoffeln

aus. Rich. Weltman,
Heinrichsort, Februar 340.

Konsum-Verein Hohndorf u. Umgeb.

c. S. m. b. h. Hohndorf — in Liquidation.

Die Mitglieder des Konsumvereins Hohndorf und Umgebung in Liquidation haben wir hierdurch gut

General-Versammlung

am 24. April nach 3 Uhr im Restaurant „Zur Eisenbahn“ in Hohndorf ein.

Tagesordnung: Schlußabrechnung und Entlastung der Liquidatoren.

W. Wagner. D. Hartung. Th. Döhler. G. Bachmann.

Konsum-Verein Hohndorf und Umgeb.

c. S. m. b. h. Hohndorf — in Liquidation.

Wir geben hiermit bekannt, daß sich der Konsum-Verein Hohndorf u. Umg. c. S. m. b. h. lt. Generalversammlungsbeschuß vom 30. November 1919 am 31. Januar 1920 aufgelöst hat. Wir fordern die Gläubiger der Genossenschaft auf, sich umgehend zu melden.

Die Liquidatoren.

W. Wagner. D. Hartung. Th. Döhler. G. Bachmann.

Statistische Scheine Zolldeklarationen

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, unter welchen Sie gewonnen haben, ist auf 450 Mark zu reichen werten. Eine Beschränkung auf 100 Mark ist nicht gestattet.

Die Auslosung am 30. April 1921.

5000 M. 2010. August 1920. Leipzig.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Lotterie.

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.